



57/2024

Mitteilungsblatt / Bulletin

5. November 2024

Satzung

nach § 18 a Absatz 5 BerlHG

(Sozialfonds-Satzung)

der Studierendenschaft

der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

vom 12.11.2018, geändert am 20.07.2023 und am 19.10.2024

Statute

in accordance with § 18 a section 5 BerlHG

(Social funds statute)

The student representative body

of the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)

Date: 12.11.2018, amended on 20.07.2023 and on 19.10.2024

Editor

Der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin /

The President of the Berlin School of Economics and Law

Badensche Straße 52 • 10825 Berlin

T +49 (0)30 30877-1393 • F +49 (0)30 30877-1319

Inhalt

§ 1	Gegenstand	3
§ 2	Antragsberechtigte	3
§ 3	Vergabekriterien	5
§ 4	Antragsunterlagen	5
§ 5	Antragsfristen	5
§ 6	Bewilligungszeitraum	5
§ 7	Antragsbearbeitung	5
§ 8	Änderung / Inkrafttreten	6

Contents

§ 1	Subject	7
§ 2	Eligibility for application	7
§ 3	Award criteria	8
§ 4	Application documents	9
§ 5	Application deadlines	9
§ 6	Term of the grant	9
§ 7	Application documents	9
§ 8	Alterations / commencement	10

**Satzung
nach § 18 a Absatz 5 BerlHG
(Sozialfonds-Satzung)
der Studierendenschaft
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
vom 12.11.2018, geändert am 20.07.2023 und am 19.10.2024¹**

Auf Grund von § 18 a Absatz 5 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) in der Fassung vom 26.07.2011 (GVBl. S. 378), zuletzt geändert zuletzt geändert am 10.07.2024 (GVBl. S. 461), hat das Studierendenparlament folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gegenstand

(1) Die Studierendenschaft der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) richtet einen Fonds ein, aus dem Zuschüsse an Studierende nach § 18a Abs. 5 BerlHG geleistet werden. Er speist sich aus den in der Beitragsordnung der Studierendenschaft dafür vorgesehenen Mitteln und den Zinserträgen aus den nach § 18a Abs. 4 BerlHG eingezogenen Beiträgen. Nicht verbrauchte Mittel werden dem Fonds wieder zugeführt.

(2) Studierende, die nicht nach der Satzung nach § 18a Abs. 4 BerlHG (Semesterticket- Satzung) bzw. nach § 1 Abs. 4 Vertrag VBB Semesterticket, von der Beitragspflicht zum Semesterticket befreit sind, können nach den Regelungen dieser Satzung eine Zuzahlung zum Ticketpreis beantragen. Eine rechtliche Verpflichtung der Studierendenschaft, einem solchen Antrag zu entsprechen, besteht nicht. Von der Studierendenschaft nach dieser Satzung gewährte Leistungen sind freiwillig und erfolgen aufgrund von Einzelfallentscheidungen nach Maßgabe der der Studierendenschaft im Fonds nach Abs. 1 zur Verfügung stehenden Mittel. Ein Rechtsanspruch der Antragsberechtigten auf Leistung nach Satz 1 besteht nicht.

(3) Der Zuschuss wird für jeweils ein Semester gewährt.

§ 2 Antragsberechtigte

(1) Antragsberechtigt sind Studierende, die nachweisen können, dass eine zum Zahlungszeitpunkt auftretende besondere Härte im Sinne von Absatz 3 ihnen das Aufbringen des Semesterticket-Beitrages erheblich erschwert, ihr monatliches Einkommen den Bedarf im Sinne von Absatz 4 und 5 nicht überschreitet und sie nicht über Vermögen verfügen.

(2) Studierende, die während oder noch vor dem beantragten Zuschussesemester exmatrikuliert werden oder ihren studentischen Status an der HWR Berlin verlieren, müssen den bewilligten Zuschussbetrag anteilig für die noch nicht angebrochenen Monate, in denen sie keine Studentin oder kein Student der HWR Berlin mehr waren, zurückzahlen. Dieser Sachverhalt muss dem Semesterticketbüro unverzüglich angezeigt werden und die rückzuzahlende Zuschusssumme unverzüglich auf dem Konto des Semesterticketbüros gebucht werden. Sollte die Rückzahlung nicht erfolgen oder der Verlust des studentischen Status nicht satzungsgemäß angezeigt werden, können auch rechtliche Schritte eingeleitet werden.

¹ Bestätigt vom Präsidium der HWR Berlin am 07.08.2023 und am 28.10.2024.

- (3) Als besondere Härten gelten insbesondere:
1. ein unentgeltliches oder gering vergütetes Praktikum mit mindestens 30 Stunden Arbeitszeit pro Woche innerhalb der letzten sechs Monate bis zum Zeitpunkt der Zahlungspflicht, soweit es in der Studien- und Prüfungsordnung vorgeschrieben ist und wenigstens drei Monate dauerte,
 2. für ausländische Studierende die Einschränkung der Arbeitserlaubnis für nichtselbständige Tätigkeiten,
 3. eine Differenz, die aus dem Einkommen im Sinne von Abs. 5 und Bedarf im Sinne von Abs. 4, die den Bedarf nach Abs. 4 mindestens in den ersten oder letzten drei Monaten des Berechnungszeitraumes um 35 von Hundert unterschreitet,
 4. Kosten für notwendige medizinische oder psychologische Versorgung innerhalb der letzten sechs Monate bis zum Zeitpunkt der Zahlungspflicht, die nicht durch eine Krankenversicherung getragen werden, soweit sie einen Betrag von 75,00 Euro überschreiten,
 5. Schwangerschaft ab der 12. Woche,
 6. das Zusammenleben mit mindestens einem minderjährigen Kind,
 - a) wenn man allein für dessen Pflege und Erziehung sorgt,
 - b) oder die Verpflichtung zur Leistung von Unterhalt für mindestens ein minderjähriges Kind,
 7. Studierende, die oder deren Kind oder Kinder einen Anspruch auf laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) oder nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) haben,
 8. wenn man alleine für die Pflege eines kranken, genesenden oder behinderten Menschen sorgt oder diesem Unterhalt leistet,
 9. wenn bereits ein Berliner Sozialticket erworben wurde,
 10. Eingliederungshilfe für Behinderte nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII oder
 11. im Einzelfall sonstige, vergleichbare Härten.
- (4) Der monatliche Bedarf für Studierende regelt sich nach §13 Abs. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie § 6 Bundeskindergeldgesetz (BKGG). Zusätzlich werden angerechnet:
1. die Kosten der Unterkunft nach § 13 Abs. 2 BAföG,
 2. für jedes Kind ein zusätzlicher Betrag nach § 14b BAföG,
 3. der von der Antragstellerin oder dem Antragsteller gezahlte monatliche Beitrag für die studentische Krankenversicherung nach § 13a BAföG,
 4. ein Mehrbedarf von 60€, wenn eine Härte nach § 2 Abs. 3 Nr. 5 nachgewiesen ist,
 5. ein Mehrbedarf von 50 vom Hundert des Grundbedarfs, wenn eine Härte nach § 2 Abs. 3 Nr. 8 nachgewiesen ist,
 6. ein Mehrbedarf von 33 vom Hundert des Grundbedarfs im Falle eines Anstiegs der Lebenshaltungskosten um mindestens 10 vom Hundert.
- (5) Die Studierenden haben ihr gesamtes Einkommen zur Beschaffung des Semestertickets einzusetzen. Zum Einkommen gehören in der Regel Einkünfte aus nichtselbständiger und selbständiger Arbeit, Unterhalts- und Zuschusszahlungen, Zins- und Dividendeneinkünfte, Stipendien, Kindergeld, Leistungen nach Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Wohngeldgesetz (WoGG), Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Sozialgesetzbuch (SGB) und Renten. Zusätzlich angerechnet wird ein Bedarf für Schulden, deren Tilgung im Berechnungszeitraum fällig ist oder wird.
- (6) Studierende haben ihr Vermögen einzusetzen, soweit dies zumutbar ist. Von ihm sind abzusetzen: ein Grundfreibetrag gemäß § 29 BAföG, eine selbst genutzte Immobilie.

§ 3 Vergabekriterien

Bei Studierenden, die besondere Härten gemäß § 2 Abs. 3 geltend machen können, erfolgt eine Zuzahlung zum Semesterticket in Höhe der Differenz von Einkommen und Vermögen zum Bedarfssatz.

§ 4 Antragsunterlagen

- (1) Der Antrag muss das vollständig ausgefüllte Formblatt, alle Nachweise sowie eine unterschriebene Versicherung über die Richtigkeit aller gemachten Angaben enthalten.
- (2) Alle Angaben sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

§ 5 Antragsfristen

- (1) Der Antrag kann frühestens gestellt werden mit Beginn des Semesters, das dem Semester vorangeht, für den der Zuschuss beantragt wird.
- (2) Der Antrag auf einen Zuschuss zum Semesterticket-Beitrag muss spätestens bis zum Ende des vorangegangenen Semesters für das Semester, für das der Zuschuss beantragt wird, für Studierende, die sich zurückmelden, oder spätestens bis zwei Wochen nach der Zulassung zum Studium für Studierende, die sich immatrikulieren, beim Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) eingegangen sein. Nach Ablauf der Frist wird der Antrag nicht mehr bearbeitet, es sei denn die Studierenden können nachweisen, dass sie die Gründe für die Überschreitung der Frist nicht zu vertreten haben.

§ 6 Bewilligungszeitraum

Entscheidungen gelten nur für Beitragszahlungen, zu denen die Studierenden bereits von der Hochschule aufgefordert wurden. Ein rückwirkender Zuschuss wird nicht gewährt.

§ 7 Antragsbearbeitung

- (1) Zuständig für die Entscheidung über alle Anträge auf Zuschuss ist der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA). Er kann mit der Hochschulverwaltung eine Verwaltungsvereinbarung über die Wahrnehmung dieser Aufgabe abschließen oder die Studierendenschaft oder Hochschulverwaltung einer anderen Hochschule, das StudierendenWERK Berlin oder eine andere öffentliche Verwaltung mit dieser Aufgabe betrauen. Alle personenbezogenen Daten sind dabei vertraulich zu behandeln. Die Bearbeitungsreihenfolge wird durch den Eingang der Anträge bestimmt.
- (2) Das Ergebnis ist den Studierenden schriftlich durch Bescheid mitzuteilen. Die Nichtanerkennung von geltend gemachten Härten ist zu begründen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (3) Sobald die Semesterticketbeiträge von der HWR Berlin an den AStA überwiesen sind, ist die Überweisung des Zuschussbetrages an die Studierenden zu veranlassen.

§ 8 Änderung / Inkrafttreten

- (1) Die Änderung der Satzung nach § 18a Abs. 5 BerlHG der Studierendenschaft (Sozialfonds-Satzung) bedarf einer einfachen Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Studierendenparlaments.
- (2) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt/Bulletin der HWR Berlin in Kraft.

Statute

In accordance with § 18 a section 5 BerlHG (Social funds statute)

The student representative body

of the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)

Date: 12.11.2018, amended on 20.07.2023 and on 19.10.2024²

In accordance with § 18 section 5 of the *Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG)* in the version from 26.07.2011 (*GVBl.* p. 378), last amended on 10.07.2024 (*GVBl.* p. 461) the Student Parliament passed the following statute:

§ 1 Subject

(1) The student representative body of the *Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)* has established a fund from which grants are to be made to students in accordance with § 18a section 5 BerlHG. It draws its funds from the funds established for this purpose by the scale of fees instituted by the student representative body and the interest accrued on the fees raised in accordance with § 18a section 4 BerlHG. Funds not used will be transferred back to the fund.

(2) Students who are not exempted from the requirement to make contributions in accordance with § 18a section 4 BerlHG (semester ticket statute) or in accordance with § 1 section 4 agreement VBB semester ticket, can apply for a grant towards the price of the ticket in accordance with this statute. The student representative body is not legally required to approve such an application. The grants made by the student representative body in accordance with this statute are made on the basis of case-by-case decisions in accordance with the level of funds available to the student representative body in accordance with section 1. Those eligible do not have any legal claim to this grant in accordance with sentence 1.

(3) The grant will be made for a single semester.

§ 2 Eligibility for application

(1) Applications will be accepted from students who are able to demonstrate a case of especial hardship as defined in section 3 at the point at which the payment is due and which poses a considerable hindrance to making this payment. Only those students are eligible whose monthly income does not exceed the requirements stated in section 4 and 5 and who are not in possession of any assets.

(2) Students who are disenrolled during or before the semester for which they have made an application or who lose their student status at the *HWR Berlin* are required to repay a proportion of the sum granted for the months which have not yet started, during which they do not hold student status at the *HWR Berlin*. The fact of disenrolment or loss of student status must be communicated immediately to the semester ticket office; the sum to be repaid is to be transferred to the account of the semester ticket office immediately. Should the student fail to make this repayment or to communicate the loss of student status, in accordance with the statute, the *HWR Berlin* reserves the right to institute legal proceedings.

² The English translation is for information purposes only. The German version is the original and constitutes the sole legally-binding version of this text.

- (3) Cases of especial hardship include:
1. Students completing unpaid or low-paid internship with a minimum of 30 hours per week within the last six months up to the point at which the fees for the semester ticket are due, as long as this work experience is required by the study and examination regulations and has a duration of at least three months.
 2. International students whose work visa restricts their ability to perform employed work.
 3. A difference resulting from the income as defined by section 5 and requirements as defined by section 4, which falls below the requirement defined in section 4 in at least the first or last three months of the calculation period by 35 per cent.
 4. If a student has already purchased a Berlin Social Ticket (Sozialticket).
 5. The need to bear the costs for necessary medical or psychological treatment within the last six months up to the point at which the fees for the semester ticket are due, which are not covered by health insurance, as long as these costs exceed the sum of 75.00 €.
 6. In other individual cases of comparable hardship.
- (4) The monthly requirement for students is set out by §13 section 1 *Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)* and § 6 *Bundeskindergeldgesetz (BKGG)*. These costs will also be taken into account:
1. Accommodation costs in accordance with § 13 section 2 *BAföG*.
 2. An additional sum for every child in accordance with § 14b *BAföG*.
 3. The monthly sum paid by the applicant for their student health insurance in accordance with § 13a *BAföG*.
 4. An additional requirement of 60.00 € if it is possible to demonstrate hardship in accordance with § 2 section 3 no. 5.
 5. An additional requirement of 50/100 of the basic requirement if it is possible to demonstrate hardship in accordance with § 2 section 3 no. 8.
 6. An additional requirement of 33% of the basic requirement in the event of an increase in the cost of living by at least 10%.
- (5) The student is forced to spend their entire income to cover the costs of the semester ticket. As a rule, income includes earnings from salaried employment and freelance work, maintenance and grants, income from interest and dividend payments, bursaries, child allowance, payments made in accordance with the *Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)*, *Wohngeldgesetz (WoGG)*, *Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)*, *Sozialgesetzbuch (SGB)* and pensions. The requirements for servicing debts which must be paid off within the calculation period will also be taken into account.
- (6) Students are required to spend their assets as far as this is reasonable. Not included in this requirement: an exempt amount in accordance with § 29 *BAföG*; real estate used for residence purposes.

§ 3 Award criteria

Students who can advance grounds of especial hardship in accordance with § 2 section 3, will be granted a grant towards the cost of the semester ticket to cover the difference between the income and assets and the requirements.

§ 4 Application documents

- (1) The application must include the fully completed form, all proofs and a signed assurance that the information stated is correct.
- (2) All statements are to be supported by suitable documents.

§ 5 Application deadlines

- (1) The earliest date of submission for an application is the start of the semester for which the grant has been applied.
- (2) The application for a grant towards the cost of the semester ticket must have been received by the General Student Council (*Allgemeiner Studierendenausschuss, AStA*) by the end of the semester prior to the semester for which the grant has been applied at the latest, for students who re-enrol, or two weeks after admission at the latest for students who enrol for the first time. Applications received after the deadline will not be processed, unless the student is able to demonstrate that the reason behind their late submission lay outside their power.

§ 6 Term of the grant

Decisions apply only to payments which the university has already required payment. Retrospective grants will not be made.

§ 7 Application documents

- (1) The General Student Council (*Allgemeiner Studierendenausschuss, AStA*) is responsible for decisions pertaining to the application. The committee can conclude an administrative agreement with the university management regarding the performance of this task or task the student representative body or university administration of another university, the *StudierendenWERK Berlin* (German National Association for Student Affairs) or another public body to perform it. All personal data are to be handled confidentially. All applications will be processed in the order in which they have been received.
- (2) The applicant is to be informed of the decision in writing. Any decision not to accept grounds of hardship is to be substantiated. The written notification is to include instruction on the legal remedies available.
- (3) The grant is to be transferred to the student as soon as the *HWR Berlin* has transferred the fees for the semester ticket to the *AStA*.

§ 8 Alterations / commencement

- (1) Alteration of the statute in accordance with § 18a section 5 *BerHG* of the student representative body (social funds statute) requires a simple majority of the Student Parliament.
- (2) This statute takes effect on the day after its publication in the *Mitteilungsblatt / Bulletin der HWR Berlin*.